

Amtliches Kreis-Blatt



für den

Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg.,
Reklamezeile 75 Pfg.

Ausgabestellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Römerstraße 96.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Paul Lange, Bad Ems.

Nr. 283

Diez, Donnerstag den 5. Dezember 1918

58. Jahrgang

Amtlicher Teil

Verordnung

über Sicherung der Kriegsteuer.

Vom 15. November 1918.

Die Reichsregierung bestimmt mit Gesetzeskraft, was folgt:

§ 1.

Die Vorschriften in §§ 2 flg. des Gesetzes über Sicherung der Kriegsteuer vom 9. April 1917 (Reichs-Gesetzblatt S. 351) werden auf das 5. Kriegsgeschäftsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Gesellschaften in die Kriegsteuerumlage 80 vom 100 des im fünften Kriegsgeschäftsjahre erzielten Mehrertrages einzustellen haben.

§ 2.

Diese Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 15. November 1918

gez. Ebert, gez. Haase.

J.-Nr. 1911 C.

Diez, den 2. Dezember 1918.

Wird hiermit veröffentlicht.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission
des Unterlahnkreises.
Thon.

Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohle, Koks und Briketts im Dezember.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat durch Bekanntmachung vom 6. November (M. L. S. Anzeiger Nr. 272) für die gewerblichen Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Briketts monatlich die Meldepflicht für Dezember erneut angesprochen. Wichtig in der neuen Bekanntmachung ist, daß der Bezug von Brennstoffen strafbar als bisher an die Einreichung der Meldekarte gebunden ist. Die Anpassung der Bestimmungen an die Bedürfnisse der Demobilisierung wird auf einem besonderen blauen Zettel erläutert, der den bei den bekannten Stellen erhältlichen Meldekartenheften vorgeheftet ist.

1. 12742.

Diez, den 27. November 1918.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Nach § 6 der Verordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung über die Verhütung von Seuchen vom 20. November 1918 dürfen entlassene Angehörige des Heeres und der Marine, die keine Bescheinigung darüber beibringen, daß sie von Ungeziefer und übertragbaren Krankheiten frei sind, von den Gemeinden nicht in Bürgerquartiere gelegt werden.

Die Desinfektions-Einrichtungen bei den Krankenhäusern in Diez, Bad Ems und der Anstalt Scheuern stehen erforderlichenfalls zur Verfügung.

Ich ersuche außerdem darauf hinzuwirken, daß alle öffentlichen und private Badeanstalten, sowie Fabrikbäder, heimkehrenden Heeresangehörigen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Der Landrat.
Thon.

J.-Nr. 12205 II.

Diez, den 30. November 1918.

Betrifft: Höchstpreis für Runkelrüben.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin hat bestimmt, daß die Zahlung der Anfuhrprämie für Runkelrüben von 50 Pfg. pro Zentner mit Ablauf des 30. November einzustellen ist.

Der Preis der Runkelrüben für Dezember stellt sich also wie folgt:

Grundpreis	1,50 Mk. pro Ztr.
Aufbewahrungsprämie bis 30. Nov.	0,25 Mk. pro Ztr.
Aufbewahrungsprämie für Dezember	0,5 Mk. pro Ztr.
	2,— Mk. pro Ztr.
Hierzu Erfassungszuschlag	0,30 Mk. pro Ztr.
	2,30 Mk. pro Ztr.

Ueber diesen Preis darf unter keinen Umständen hinausgegangen werden.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Thon.

Diez, den 4. Dez. 1918.

Bekanntmachung.

Am **Sonnabend, den 7. d. Mts., nachmittags 2 Uhr** werden in Diez auf dem Marktplatz
eine Anzahl Militärpferde

und gegebenenfalls auch **Wagen** öffentlich meistbietend versteigert. Zugelassen zur Versteigerung sind nur diejenigen Personen, die sich durch eine Bescheinigung des Bürgermeistersamtes ihres Wohnortes dahin ausweisen, daß sie das Pferd benötigen und keine Pferdehändler sind.

Der Landrat.
Thon.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich ersuche, vorstehende Bekanntmachung sofort auf ortsübliche Weise in Ihrer Gemeinde bekannt zu geben und dafür zu sorgen, daß noch alle diejenigen Pferde, evtl. auch Wagen, die vom Truppenteil zurückgelassen worden sind, und deren Transport nach Diez noch möglich ist, am **Freitag, den 6. d. M., bis abends der Garnisonverwaltung in Diez** zugeführt werden.

Der Landrat.
Thon.

III a/1 Nr. 2350. Wiesbaden, den 19. November 1918.

Bekanntmachung.

Wie unter Ziffer 5 unserer Rundverfügung vom 23. Juni 1917, III a/1 1237, zum Ausdruck gekommen ist, findet bei Entrichtung der Kriegsteuer durch Hingabe von Wertpapieren (§ 33 Nr. 3 Ausführungs-Bestimmungen) eine Berechnung und Einziehung von Zinsen nicht statt, da in diesen Fällen die Verzinsung in dem Annehm.-w.r. d. r. Wertpapiere enthalten ist. Genau ebenso verhält es sich bei den auszuführenden Erstattungen, soweit diese (§ 42 a. a. O.) durch Rückgabe von Wertpapieren an die Einzahler erfolgen.

Hinsichtlich der letzteren Fälle sind jedoch, wie wir wiederholt beobachtet haben, bei der Festsetzung der Kriegsteuerabgänge Zinsen mit berücksichtigt und seitens der Hebestellen bar zurückgezahlt worden. Dies ist unzutreffend. Die zum Teil zurückgezahlten Beträge müssen wieder eingezogen und von der Reichskasse zugeführt werden. In den uns bekannt gewordenen Fällen haben wir die Wichtigstellung in die Wege geleitet.

Wir ersuchen, hiernach allgemein zu verfahren. Auch ist für die alsbaldige Bewirkung der etwa erforderlichen Verzinsungen von bereits festgesetzten Kriegsteuerabgängen Sorge zu tragen.

Regierung Abteilung III A.

Diez, den 27. November 1918.

An die Magistrate in Diez, Bad Ems und Nassau und die Gemeindevorstände der Landgemeinden.

Vorstehende Verfügung wird zur Kenntnisnahme und Benachrichtigung der Hebestellen mitgeteilt.

Der Vorsitzende
der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission
des Unterlahnkreises.
Thon.

S.-Nr. 11 004 II. Diez, den 25. November 1918.

Bekanntmachung.

Der zum Bürgermeister von Gramberg gewählte Landmann Philipp Christ. Grassmayer ist von dem Herrn Regierungspräsidenten zum Standesbeamten für den aus den Gemeinden Gramberg, Wasenbach, Diebrich, Steinberg und Schumburg bestehenden Standesamtsbezirk Gramberg bestellt worden.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Thon.

Tag.-Nr. 2850.

Diez, den 30. November 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Ich erlaube an meine Verfügung vom 18. d. Mts. — Tag.-Nr. 2871 —, veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 268, betr. Zahl der verausgabten Fleischkarten und ersuche um deren Erledigung binnen 24 Stunden.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Thon.

Nichtamtlicher Teil

Deutschland.

Trier, 3. Dez. Trier wurde am Sonntag vom 6. amerikanischen Infanterieregiment besetzt. Montag und Dienstag passieren lange Kolonnen amerikanischer Truppen auf dem Durchmarsch zum Rhein die Stadt. Der Eisenbahnverkehr für Personen war zwei Tage gesperrt. Seit Dienstag morgen verkehren die Züge wieder. Im Postverkehr hat sich nichts geändert. Der Geschäftsbetrieb und das Leben in der Stadt geht ruhig seinen Gang. Wenn man nicht die amerikanischen Soldaten in den Straßen sehen würde, wäre von der Besetzung kaum etwas zu merken. Das Verhalten der Truppen ist ohne Tadel. Nach einer Bekanntmachung des Kommandeurs dürfen die Wirte an die Soldaten Wein und Bier verabfolgen, und zwar von nachmittags 5 bis abends 9 Uhr.

WB. Berlin, 3. Dez. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie unter Hinweis auf die Vorgänge bei der Rückkehr der Garde-Funker in Berlin vor der drohenden Gegenrevolution warnt. Sie sagt u. a.: Von sechs berittenen Offizieren geführt, mit schwarz-weißen roten Fahnen und klingendem Spiel unter den Tönen „Heil dir im Siegerkranz“ und anderen Kaisermärschen zogen sie demonstrativ durch die Stadt. Eine Aufforderung der Sicherheitsmannschaften am Marktaggebäude wies sie mit hochfahrenden Worten ab. Die Funker scharten sich um ihre Offiziere. Die Zurückhaltung der Sicherheitsmannschaften konnte allein ein Blutvergießen vermeiden. Arbeiter! Genossen! Proletarische Soldaten! Das Gardekorps ist die stärkste Hoffnung der Gegenrevolution. Haltet Euch zum Schutze der Revolution bereit!

WB. Berlin, 2. Dez. (Amtlich.) Der kürzlich gewählte Reichsausschuß besteht laut Beschluß des Bollzugsrats vom 29. November 1918 aus acht Groß-Berlinern (preussischen) Mitgliedern und aus acht Vertretern der außerpreussischen Bundesstaaten, ferner aus drei Mitgliedern der Ost- und Westfront und der Marine, zusammen 19 Mitgliedern. In der Sitzung des Bollzugsrates vom 30. November sind nur die preussischen Mitglieder gewählt worden. Erwähnt sind ferner als Vertreter Bayerns Häberich und Elsaß-Lothringens Lemke. Die übrigen Vertreter müssen erst von den Bundesstaaten delegiert werden und sind hieran telegraphisch erinnert worden.

Der Andrang der Erwerbs- und Arbeitslosen in den Städten steigert sich von Tag zu Tag. Die Arbeitsnachweise werden überlaufen. Es werden deshalb in Groß-Berlin Notstandsarbeiten größten Stils geplant.

Adolf Hoffmanns Ministerialdirektor.

Berlin, 30. Nov. In Kopenhagen lebte während des Krieges ein Russe namens Futran, der sich als Ausländer täglich bei der Polizei melden mußte. Adolf Hoffmann verlangte telephonisch und schriftlich von der Stadtverwaltung Kopenhagen die Einbürgerung des Herrn Futran innerhalb 48 Stunden. Herr Futran wurde eingebürgert. Jetzt ist er Ministerialdirektor im preussischen Kultusministerium!

Hoch an die linksrheinische Bevölkerung.

Marschall Hoch richtet an die Bevölkerung der besetzten linksrheinischen Gebiete eine Proklamation, in der es u. a. heißt:

„Die militärischen Behörden der Alliierten haben den Befehl über das Land übernommen und verlangen von allen Personen völligen Gehorsam. Alle Bestimmungen, welche im Augenblick der Okkupation bestehen, werden von uns berücksichtigt werden, insofern sie mit unseren Rechten und Sicherungsmaßnahmen vereinbar sind. Unter der Leitung und der Kontrolle der Militärbehörden werden die öffentlichen Dienste weitergeführt. Die Beamten haben ihren Dienst weiterhin ehrlich und gewissenhaft auszuführen. Die Einwohner haben sich direkt oder indirekt in Wort und Tat jeder Feindseligkeit gegen die alliierten Truppen zu enthalten. Jeder, der irgend eines Vergehens für schuldig befunden wird, das gegen die Sicherheit der Truppen gerichtet ist, wird vor ein Kriegsgericht gestellt.“

Die Deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 3. Dez. Die schweizerische Gesandtschaft ist in einer Verbalnote gebeten worden, bei den Regierungen der alliierten Länder auf die Annahme der nachstehenden Vorschläge mit tunlichster Beschleunigung wirken zu wollen:

1. Sofortige Aufnahme der in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Entlassung der deutschen Gefangenen.
2. Ermächtigung für die Vertreter der Schutzmächte und der anerkannten Hilfsvereine, die deutschen Kriegsgefangenen im Operationsgebiet zu besuchen und zu unterstützen. Militärische Bedenken dürften nach dem Aufhören der Feindseligkeiten nicht mehr bestehen.
3. Zulassung des freien Ankaufs von Lebensmitteln für die Gefangenen, da infolge der Waffenstillstandsbedingungen mit einer Hungersnot und schweren Verkehrsstörungen in Deutschland gerechnet werden muß, ist die schon bisher beschränkte Möglichkeit, die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten von Deutschland aus mit Lebensmitteln zu versorgen, ganz ausgeschlossen.
4. Reichliche Versorgung der Gefangenen mit Wäsche und warmer Kleidung durch die alliierten Staaten vor Eintritt der Kälte, da wegen Mangels an Vorräten und wegen Transportstörungen eine Uebersendung aus Deutschland nicht erfolgen kann.
5. Tatkräftige Förderung einer gesteigerten Liebesgabenversorgung vom neutralen und bisher feindlichen Ausland aus, die sofort in die Wege geleitet werden wird. Gegenseitigkeit ist im vollsten Maße gewährleistet. Insbesondere hat das britische rote Kreuz in Kopenhagen auf seine Anfrage bereits die Erlaubnis zur Einreise erhalten. Für tunlichst baldige Benachrichtigung von dem Ergebnis der dortigen Vermittlung würde das Auswärtige Amt der Gesandtschaft zu Dank verpflichtet sein.

„Ministerpräsident“ Salomon Rosmanowsky.

In Zentrumskreisen verstärkt sich in bemerkenswerter Weise die Stimmung gegen den übergroßen Einfluß volksfremder Elemente in den neuen Regierungsstellen. So schreibt das führende Zentrumsorgan, die Germania:

„Ministerpräsident“ Salomon Rosmanowsky. So lautet in drei Worten der Rekord ausländischer Bevormundung deutscher Länder, den die Revolution im deutschen Bayern aufgestellt hat, denn Salomon Rosmanowsky aus Lemberg ist es, der sich unter dem deutsch klingenden Namen Kurt Eisner verbirgt. Salomon Rosmanowsky ist der Mann, der soeben wieder nach einem Bericht der Bayerischen Staatszeitung in der Sitzung des Münchener Arbeiter- und Soldatenrates erklärt hat, es sei seine Absicht, frische Luft nach Berlin zu importieren, und zwar von München aus, wo man vielleicht unter dem Einfluß der Höhenluft noch frischer und kräftiger sei. Solcher hat Herr Eisner-Ros-

manowsky in welcher und gewis nicht unbegründeter Voraussetzung dafür gejorgt, daß man nicht seinem Beispiel der Allenveröffentlichung folgen und auf diese Weise feststellen kann, wie die von seiner Person ausstrahlende galizische „Höhenluft“ an ihrer Quelle, das heißt in seiner Vergangenheit, ausgeht hat.

Aber wir haben ja eigentlich aus seinem kurzen Gastspiel als bayerischer „Ministerpräsident“, das er in Berlin gegeben hat, bereits genug davon. Die Schweiz hat ihn in aller Form abgeschüttelt, und sein „Freund“ Clemenceau nicht minder. Keiner von beiden will mit ihm zu tun haben, insbesondere rückt der französische Ministerpräsident weiter von ihm ab, als jemand gedacht haben mag. Trotzdem bemüht sich die Freiheit, das Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten, die Sache so darzustellen, als habe das Berliner Auswärtige Amt die „Lüge“ verbreitet, daß Eisner in Verbindung mit Clemenceau seine deutschfeindliche Politik treibe. Demgegenüber müssen wir zur Steuer der Wahrheit feststellen, daß, wenn hier von Lüge die Rede sein soll, sie nur auf Seiten des Herrn Eisner-Rosmanowsky geschehen sein kann, denn es steht fest, daß er zu wiederholten Malen unzweideutig sich seiner Freundschaft mit Clemenceau gerühmt hat, so auf der Reichskonferenz der Bundesstaaten am Montag, so in einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates. Wenn die „Freiheit“ einigen guten Willen hätte, der Wahrheit zu dienen, die die Schwester der Freiheit sein sollte, so würde es ihr nicht schwer fallen, das selbst festzustellen.

Italien.

WM. Berlin, 1. Dez. Der Mailänder Secolo schreibt seit einigen Tagen wesentlich gemäßigter und tritt heute gegen die übertrieben terroristischen Forderungen der „Sofonationalisten“ und „Militaristen der Nachkriegszeit“ auf, die auch der italienischen Regierung Ungelegenheiten bereiten. Es sei fraglich, ob der Landesverteidigung mit der Einbeziehung einer starken deutschen Gruppe in das Trentino und der vielen Slawen am Adriatischen Meere in Italien gedient sein würde.

Belgien.

WM. Brüssel, 3. Dez. Habas. Der Hauptausfluß für die Industrie schätzt den durch den Krieg bewirkten Schaden der belgischen Industrie auf Grund einer ersten Untersuchung auf 6560 Millionen Francs.

Amerika.

WM. Washington, 3. Dez. Reuter. Zan'ing hat den amerikanischen Staatsangehörigen empfohlen, der Regierung binnen 30 Tagen mitzuteilen, welche Verluste sie durch den U-Bootkrieg an Ladungen oder persönlichen Gütern, die nicht oder nur teilweise versichert waren, erlitten haben, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um amerikanische oder ausländische Schiffe handelt.

Die Schreckensherrschaft der Bolschewiki.

Der Petersburger Korrespondent der Times, Dobson, der mit einer Reihe von Landsleuten, meist Beamten der englischen Botschaft u. des Konsulats, in der Petersburger Peter- und Paul-Festung gefangen gehalten wurde, veröffentlicht jetzt eine Reihe von Artikeln, in denen er von den Leiden erzählt, die die Bolschewiki über sie verhängt haben. Um die etwa 50 unbewaffneten Engländer zu verhaften, wurde eine Kompanie der Roten Garde, die Mannschaft von zwei Torpedobooten und noch eine Schar von Truppen mit Maschinengewehren bewaffnet, aufgeboten. Der Angriff war von langer Hand vorbereitet; schon einige Wochen vorher hatten die beiden Torpedobooten gegenüber der englischen Flottille Unter geworfen, bis endlich die Verhaftung unter dem Vorwand, die Engländer hätten sich an der Erordnung des Kommissars Arisky beteiligt und Geld zur Niederwerfung der Revolution verteilt, vorgenommen wurde. Die Gefangenen wurden unter dem Hohn der Menge durch

die Straßen der Stadt zur Festung geführt. Hier wurden sie in der berühmten Bastiè Trubekoi untergebracht, die schon seit einigen Menschenaltern der düstere Wusthofort für viele politische Gefangene gewesen ist. Der erste Eindruck war schrecklich, als sie durch den langen engen Korridor schritten und die Augen der Gefangenen sahen, die durch die Öffnungen in den Türen der Gefängniszellen auf sie blickten. Es waren Leute aus allen Klassen, Fürsten, Generale, Bürger, vermisch mit Bagabunden, Räubern und Mördern. Alle Gefangnisse in Petersburg sind überfüllt, und oft werden Gefangene hinausgeführt und getötet, nur um andern Raum zu machen. Während der Gefangenschaft der Engländer blühten die bolschewistischen Zeitungen an, daß nach der Ermordung Uritskis 500 Gegenrevolutionäre hingerichtet worden seien. In der Zelle, in der Dobson eingeschlossen wurde, war man so eingekengt, daß man Arme und Beine nicht bewegen konnte, wenn man auf dem Fußboden ausgebreitet schlief. Dabei herrschte alles vor Schmutz, und es fehlte jede hygienische Maßnahme. Einmal in der Woche wuschen die Gefangenen mit irgendeinem schmutzigen Kleidungsstück die Zelle. Eines Tages wurden fünf russische Gefangene herausgeholt, um vor die Kommission zum Kampfe gegen die Gegenrevolution geführt zu werden. Bei ihnen war ein altersschwacher Greis, der seinen jüngeren Leidensgefährten nicht schnell genug folgen konnte. Ein Soldat stieß ihn eine Weile vorwärts, schließlich aber erschoss er ihn und warf den Leichnam in den Fluß. Als die Gefangenen vor der Kommission erschienen, sah der Kommissar in die Liste und fragte: „Wo ist der fünfte Gefangene?“ „Ach“, antwortete der Soldat, „ich konnte ihn nicht zum Gehen bringen, er war zu alt und schwach, so daß ich ihn schließlich erschossen und mich seiner so entledigt habe.“ Dobson beschreibt ausführlich die furchtbaren Methoden der bolschewistischen Garden und fährt dann fort: Das Gefängnis war voll von Ungeriebe, so daß die Engländer einen großen Teil ihrer Zeit mit der Jagd darauf verbrachten. Die Lebensmittel, die ihnen geteilt wurden, waren so gering, daß die Gefangenen vor Hunger gestorben wären, wenn ihnen nicht etwas Hilfe von außen gebracht worden wäre. Eine schmutzige Suppe wurde ihnen nur einmal am Tage gebracht, aber nur sehr unregelmäßig, und manchmal blieb sie auch ganz aus. Eine Russin, die Frau eines britischen Beamten, der auch im Gefängnis war, trachtete jeder Gefahr, um ihre Korrespondenz zu vermitteln. Um in das Gefängnis zu gelangen, verkleidete sie sich einmal als Dienstmädchen; am Ausgang wurde sie jedoch verhaftet, während sie mehrere Briefe in der Tasche hatte. Sie erklärte, sie wäre eine deutsche Untertanin, und zeigte einen Paß vor, der englisch geschrieben war. Da die bolschewistischen Wächter weder englisch noch deutsch verstanden, ließen sie sie gehen.

Aus Provinz und Nachbargebieten

• **Roblitz, 4. Dezember.** Die letzten heimkehrenden Truppen werden heute durch unsere Stadt kommen. Da ist es sehr angebracht darauf hinzuweisen, daß nunmehr die seit über drei Wochen aushängenden Fahnen und die Ausschmückung der Häuser unverzüglich entfernt werden.

• **Die Glocken zurück an die Kirchen!** Die in der Kriegszeit für Zwecke des Seereschiffsbedarfes beschlagnahmten Metalle sind vor einigen Tagen teilweise wieder freigegeben. Es sei deshalb mit allem Nachdruck das seinerzeit von der Regierung gegebene Versprechen in die Erinnerung zurückgerufen, daß den Gemeinden die beschlagnahmten Glocken soweit sie noch vorhanden seien, zurückgegeben werden sollten. Wir verlauten, sind die Glocken zum größten Teil tatsächlich noch vorhanden, und da ist es wohl selbstverständlich, daß sie wieder in die Hände ihrer rechtmäßigen Eigentümer zurückgelangen.

• **Warnung vor einem Zug in die Stadt.** In einzelnen Gegenden macht sich eine Abwanderung weiblichen Dienstpersonals nach den mittleren und größeren Städten bemerkbar. In der Annahme, daß dort geeignete Stellen vorhanden sein werden. Die Annahme ist durchaus falsch. Mit der Einschränkung der Arbeiten in den Rüstungsbetrieben sowie auch in anderen Betrieben wird eine große Zahl von weiblichen Hilfskräften frei, die den Bedarf an Hausangestellten reichlich decken. Es kann deshalb nur aufs dringendste geraten werden, daß die bisher auf dem Lande oder in den kleineren Städten in Stellung gewesenen Mädchen dort auch verbleiben, da sie in den Großstädten nicht auf Unterkunft zu rechnen haben würden. Mit der Ernährung sieht es auch nicht allzu rosig aus. Mancher „Eingewanderte“ würde sich bald nach den heimatischen Fleischbypfen sehnen.

Vermischte Nachrichten.

• **Ein tapferer Sohn.** Eine brave Tat vollbrachte der Maschinistenmaat Hellmut Wink in Wilhelmshaven vom Kriegsschiff Bojen. Seine Mutter stürzte in der Dunkelheit infolge eines Fehltritts von der Anlegestelle in den Südhafenkanal und versank im Wasser. Wink sprang sogleich nach. Es gelang ihm, seine Mutter durch Tauchen über Wasser zu bringen und unter eigener Lebensgefahr zu retten. Mit Hilfe eines auf der Pier befindlichen Matrosen wurde die Verunglückte gelandet und sodann in ihre Wohnung gebracht.

• **Der Kinnbade ausgerissen** wurde einem jungen Mädchen aus Straßfurt, das an Zahnschmerzen litt. Ein auf Besuch weilender Onkel konnte das Jammern der Gezeichneten nicht mit anhören. Er überredete daher die Nichte, sich von ihm den Zahn ziehen zu lassen. Nach vielem Zureden willigte das arme Schlachtopfer ein. Der zerknirschliche Oheim schlang um den kranken Zahn eine Drahtschlinge — Windfaden hält nicht, meinte er — und zog nun aus Leibeskräften. Trotz des entsetzlichen Geschreies der Gefolterten zog der brave Onkel ruhig weiter, bis der Zahn heraus war und die Kinnlade auch. Jetzt liegt das arme Wurm im Krankenhaus in Bernburg.

• **Zu welchen dreisten Gaunerstreichen** die Verwirrung, die in den ersten Tagen der Revolution herrschte, benutzt wurde, zeigt folgender kaum glaublicher Vorfall in Berlin. Ein mit vier Jahren Zuchthaus bestraffter Matrose Otto Haas stahl am ersten Revolutionstage irgendwo einen Kraftwagen. Er stellte sich damit der neuen Regierung zur Verfügung und erhielt bei einem Volksbeauftragten eine Stellung als Chauffeur. Seine freie Zeit benutzte er dann zu Fahrten auf eigene Faust. So kam er auch nach Potsdam, als dort gerade ein Lazarettzug eingelaufen war. Diese Gelegenheit machte er sich zu nütze. Er gab sich für einen Vollzugsbeamten aus, ließ die Führer des Zuges, einen Rechnungsrat und einen Beamtenstellvertreter, festnehmen, beschlagnahmte alles, was der Zug an Lebensmitteln enthielt, Schinken, Speck, Wurst, Eier usw., schaffte es nach Berlin und verkaufte es hier auf eigene Rechnung. Die Ermittlungen führten bald auf die Spur des Täters, der jetzt in einem großen Hotel unter den Linden, wo er wohnte, ermittelt und festgenommen wurde.

• **Selbsthilfe eines Gläubigers.** Vor einigen Tagen wurde einem Fuhrwerksbesitzer aus Braunschweig in Salzdahlum das vor einer dortigen Wirtschaft stehende Fuhrwerk, Pferd und Wagen, mit dem ein Bekannter des Eigentümers eine Fuhr unternommen hatte, entwendet. Der Entführer, ein Wolfenbütteler Einwohner, hatte das Fuhrwerk als das seines Schuldners erkannt. Da er vergeblich seine Forderung geltend gemacht hatte, griff er zur Selbsthilfe und setzte sich in den Besitz des Wagens, mit dem er eifrig davonfuhr.